

„Gehandelt wie die sizilianische Mafia“

Niedersachsens Spielbankenaffäre hatte eine Vorläuferin – im Freistaat Bayern

Gut ein halbes Jahrzehnt lang, von 1955 bis 1961, leistete sich Bayern private Spielbanken. Mehr als 40 Millionen Mark flossen in dieser Zeit in die Staatskasse und in

dunkle Kanäle. Eine Regierung stürzte, Minister kamen ins Gefängnis, eine Partei wurde zugrunde gerichtet. Die Affäre ist Thema eines in Kürze erscheinenden Buches.

Im vornehmen Münchner Hotel Continental saßen bis tief in die Nacht die „Stern“-Redakteure Sepp Ebelseder und Peter Neuhauser mit ihrem Hamburger Rechtsanwalt Heinrich Senfft zusammen und dachten sich schlaue Fangfragen aus.

Denn eine Zivilkammer des Landgerichts München I hatte als Zeugen so hochkarätige CSU-Funktionäre wie Franz Josef Strauß und Friedrich Zimmermann geladen. Das Gericht sollte auf Antrag der CSU Behauptungen nachgehen, die das Bilderblatt unter der Überschrift „Die CSU kam durch Mein-eide an die Macht: Herr Staatsanwalt, übernehmen Sie!“ aufgestellt hatte.

CSU-Chef Strauß nahm im Gerichtssaal in dem eigens für ihn herbeigeschafften gepolsterten Stuhl mit Armlehnen Platz und reagierte mit Bierruhe auf das Kreuzfeuer der Fragen. Auch bei Zimmermann verfielen die im Conti ausgetüftelten Fangfragen zumeist nicht. „Wir wunderten uns“, so Anwalt Senfft, „wie fabelhaft vorbereitet er war, wie er uns Überraschungseffekte nahm, fast immer ruhig und fehlerlos“, und „nur ganz, ganz selten aufs Glatteis geriet“.

„Wirklich eingebrochen“ sei Zimmermann nie. Senfft: „Schickten wir uns an, ein bisher im Prozeß nicht eingeführtes Dokument zu präsentieren, so kam er oft selbst damit heraus“ – „eine bewundernswerte Leistung.“

Erst viele Jahre später fand der Hamburger Anwalt eine Erklärung für das vom Zeugen Zimmermann vollbrachte Wunder. Bayerns Staatsschutz-Chef Hans Langemann, der 1982 seine Erfahrungen beim Bundesnachrichtendienst in der Presse ausplauderte und damit einen Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags in Gang brachte, enthüllte einem „Stern“-Reporter, daß die drei Mann im Continental, einer „CSU-Hochburg“, „dauernd abgehört“ worden waren.

Das Detail mit den Wanzen im Hotel verrät Heinrich Senfft in einem demnächst erscheinenden Buch mit dem Titel: „Glück ist machbar – Der bayerische Spielbankenprozeß, die CSU und der unaufhaltsame Aufstieg des Doktor Friedrich Zimmermann“**.

Der Prozeß vor dem Münchner Landgericht, der 1976 mit einem für den „Stern“ nicht gerade schmeichelhaften Vergleich endete (fünf von sechs Behauptungen mußten fortan unterbleiben), hatte Vorgänge zum Gegenstand,



Affären-Politiker Zimmermann (M.): „Überfunktion der Schilddrüse“

die vornehmlich in den fünfziger Jahren spielten: die bayrische Spielbankenaffäre, durch die Glücksritter zu Millionen und Minister ins Gefängnis kamen.

Die Affäre reicht zurück in eine Zeit, als in Bayern nicht die CSU regierte, sondern ein Bündnis aus vier Parteien, in die Ära des Goggomobils und der Nierentische – entsprechend kleinkalibrig waren auch noch die Interessen und Interessenten. Oft genügten Hunderter, um das politische Roulette in Gang zu bringen und zu halten. Manchmal begnügten sich Spielbankenbewerber mit Wurst- und Lebensmittelpaketen, um ihr Glück zu korrigieren.

Pittoresk wie ein Stück auf der Bauernbühne nimmt sich aus, was Senfft in seinem Buch aus Zeugenaussagen zu berichten weiß. Therese Dobrovsky, Hausgehilfin bei dem Spielbankanwärter Karl Freisehner, einem gelernten Metzger, über einen Privatbesuch des Bayernpartei-Führers Josef Baumgartner: „Dabei san's alle zwaa in' Eisschrank ne' und ham nach Schmankerl g'sucht.“ Ein andermal habe sich der Politiker mit einem Fräulein ins Arbeitszimmer verzogen: „Aber was da g'macht ham, dös woab i net.“

* Als Angeklagter vor dem Münchner Landgericht, im Juni 1960; mit Anwälten.

** Heinrich Senfft: „Glück ist machbar“. Verlag Kiepenheuer & Witsch; 304 Seiten; 36 Mark.

Bayrisches Highlife – allerdings in einer Zeit, als noch bigotte Leinwandsäuberer über den Film „Die Sünderin“ herfielen, weil darin Hildegard Knef als Maler-Modell sekundenlang unbekleidet zu sehen war.

Baumgartner, eines von sechs Kindern eines Kleinlandwirts, war einer der Mitbegründer der CSU und von 1945 bis 1947 CSU-Landwirtschaftsminister in Bayern. Doch die Christenpartei war ihm zu wenig patriotisch.

Im Jahre 1948 trat er daher in die Bayernpartei über; fortan schwärmte er von einem wirklich freien Freistaat. Er wollte (wie noch in den siebziger Jahren auch Strauß) die Grenzen für außerbayrische Rechnungsprüfer dichtmachen, 400 000 Preußen aus dem Land weisen und eine „Volkserhebung für einen selbständigen bayerischen Staat“ abhalten.

Der damalige Bonner Sonderminister Franz Josef Strauß (Baumgartner: „Der bestbezahlte Arbeitslose Deutschlands“) nannte den Abtrünnigen den „Partisanenführer von Bayern“. Denn Baumgartners Partei, mit der zeitweise sogar der erste CSU-Nachkriegsministerpräsident Fritz Schäffer liebäugelte, stahl der CSU zunehmend die Stimmen.

Die Bayernpartei, gegründet von einem Polizeibeamten namens Ludwig Max Lallinger, halbierte schon bald die

fetten CSU-Wahlerfolge. Mancherorts, wie in München, geriet die CSU mit nur noch 18 Prozent an die dritte Stelle hinter SPD und BP. Zeitweilig wurde die SPD in Bayern sogar auf Landesebene die stärkste Partei – obschon sie damals wie heute bei 28 Prozent stagnierte.

Diese Konstellation eröffnete 1954, nach acht Jahren CSU-Regierung oder Regierungsbeteiligung, Chancen für eine neue politische Mehrheit in Bayern – und der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner nutzte sie mit der Installierung einer Vierer-Koalition aus SPD, BP, FDP und der Vertriebenenpartei BHE. Baumgartner wurde stellvertretender Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister, sein Parteifreund August Geislhöringer Innenminister. Nach Ansicht des CSU-Anhängers Ludwig Erhard, des späteren Bundeskanzlers, grenzte das an „wider-natürliche Unzucht“.

Im Freistaat entbrannte ein beispielloser Machtkampf, in dem die Spielbankenaffäre zum Fallbeil instrumentalisiert wurde. Zum Exekutor war der CSU-Politiker Friedrich Zimmermann ausersehen, Kohls heutiger Innenminister.

Als Persönlicher Referent des CSU-Justizministers Josef („Ochsensepp“) Müller war Zimmermann durch überlange weiße Manschetten aufgefallen. Seine Losung: „Man muß sich die Hände auch einmal schmutzig machen, und dann muß man sie wieder waschen.“ Beides konnte Zimmermann, von Strauß 1954 zum CSU-Hauptgeschäftsführer gemacht, im Schlamm der Spielbankenaffäre sattsam praktizieren.

Dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, seinem CDU-Vorsitzenden Wilfried Hasselmann und all ihren Kumpanen mußte es angst und bange werden, wenn sie der Geschichte der bayrischen Affäre nachspüren würden. Auf offener Bühne wurde im Freistaat vorgeführt, wie aufgrund vergleichsweise nichtiger Anlässe Regierungen gestürzt, Minister ins Zuchthaus gebracht und Parteien bis zur Unkenntlichkeit entstellt werden können – Bayern hat da Maßstäbe gesetzt.

Denn in Wahrheit vollzog sich während der Spielbankenaffäre ein Bruderkampf. Die Bayernpartei, so sah es jedenfalls die Unionschristen, war Fleisch vom Fleische der CSU. Kehrt heim oder ihr werdet vernichtet – vor diese Alternative stellte die CSU die Abtrünnigen von der Bayernpartei.

CSU-Funktionär Zimmermann setzte dabei eher auf Vernichtung. Als zwielichtigen Helfershelfer gewann Zimmermann den Baumgartner-Freund Freisehner, den er freilich nach Gebrauch wie einen lästigen Mitwisser abschüttelte. Etwas hilflos, jedenfalls ohne nachhaltigen Erfolg, deklamierte der Betrogene drei Jahre vor seinem Tod im Jahre 1967: „Ich werde die Grundfesten des bayrischen Staates erschüttern, sobald ich auspacke.“ Sein „Testament“ liegt, immer

noch eingepackt, im Safe einer Züricher Bank.

Karl Freisehner, Jahrgang 1903, gelernter Metzger aus Gmünd in Österreich, hatte sein Glück schon in manchem Gewerbe versucht. Er arbeitete in einem Sägewerk und in einem Fuhrunternehmen. Er verkaufte Näh- und Schreibmaschinen, Fahrräder, Lebensmittel und Feinkost. Zuletzt versuchte er sich als Taxifahrer, Eisverkäufer und Inhaber einer Fischbratstube. Stets aber war er ein leidenschaftlicher Spieler.

In Bayern wurde Freisehner nach eigenem Bekunden zum „Vorkämpfer der Idee zur Errichtung von Spielbanken“. Er kämpfte schon lange vor der Vierer-Koalition – bei der CSU, mit Erfolg: Schon 1951 legte das CSU-Kabinett ei-



Bayern-Politiker Geislhöringer, Freisehner,



Spielcasino Bad Reichenhall (1965): Lehrstück für Ernst Albrecht

nen Entwurf für ein Landesspielbankengesetz vor, der die geplanten Casinos in Bad Reichenhall, Garmisch-Partenkirchen, Bad Wiessee und Bad Kissingen allerdings einer zentralen Spielbankgesellschaft überlassen wollte.

Da regte sich Widerstand in den eigenen Reihen. Der sittenstrenge CSU-Patriarch Alois Hundhammer, der als Kultusminister die Prügelstrafe und die christliche Bekenntnisschule propagierte, beschrieb die Casinos als Geldwaschanlagen für Steuerhinterzieher und Währungsreformgewinnler. Aber auch Bayernpartei-Führer und Föderalismus-Verfechter Joseph Baumgartner legte sich damals noch quer: „Die zentrale Lösung ist unmöglich.“

Die Landtagsmehrheit lehnte den Gesetzesentwurf ab – obschon insgeheim von Konzessionsanwärtern bereits Bestechungsgeld ausgehändigt worden war

oder jedenfalls ein Scheck in Höhe von 50 000 Mark, der erst nach Erfolg eingelöst werden sollte. Der Empfänger, der CSU-Abgeordnete Franz Michel, behauptete Jahre später, er habe den Scheck vernichtet.

Trotz des Scheiterns im ersten Anlauf konnten die Spielbankeninteressenten nun auf erste politische Erfahrungen bauen. Karl Freisehner, den die „Süddeutsche Zeitung“ als „schlitzohrigen, skrupellosen Halbseidenen“ einstufte, schloß insgeheim Vorverträge mit einigen der ins Gespräch gebrachten Kasino-Gemeinden ab, denen für den Fall eines Falles gewisse Mitspracherechte bei der Auswahl von Konzessionären in Aussicht gestellt worden waren.

Gleichzeitig setzte Freisehner sich mit Kasino-Anwärtern in Verbindung, denen er zuerst für 400 000 Mark die ersehnte Lizenz doch noch besorgen woll-



Baumgartner: „Glück ist machbar“

CSU-Mann Michel. Erleichtert genehmigte Geiselhöringer kurze Zeit später auch die vierte Spielbank in Bad Wiessee. Und wieder war Freisehner-Schwiegersohn Dieter Wolf dank einer Unterbeteiligung mit von der Partie.

Die CSU aber blieb in Sachen Spielbanken aktiv, allen voran Generalsekretär Zimmermann. Nach dem mißglückten Untersuchungsausschuß suchte er nun außerparlamentarisch nach Belästigungsmaterial. Er bedrängte zuerst – allerdings vergebens – den Bad Kissinger Konzessionär Gembicki, der Startschwierigkeiten hatte und gerade um eine Minderung der Staatsquote von 80 Prozent der Einnahmen kämpfte.

Geldsorgen und Probleme mit der Steuerfahndung hatte auch Freisehner, der nach und nach die Anteile des Schwiegersohns zum dreifachen Nominalwert versilberte. Zwecks Steuerersparnis ließ sich der damals 54jährige zwei Drittel des Kaufpreises als zinsloses Darlehen auf 50 Jahre ausbezahlen.

Außerdem fühlte sich der „Vorkämpfer“, der die Anteile so gewinnbringend zu verschern verstand, bei den Konzessionszuteilungen immer noch unterrepräsentiert. Da kam ihm Korruptionsfahnder Zimmermann wie gerufen.

Mißtrauisch, wie Schlawiner dieses Kalibers nun mal sind, operierte Freisehner allerdings, wie später die Horcher im Hotel Conti, mit heimlichen Lauschaktionen. Bei zahlreichen Zusammenkünften und Verhandlungen mit Zimmermann im In- und Ausland postierte er mal seinen Schwiegersohn hinter einer Tür, mal einen dem CSU-Un-

te. Nachdem der Landtag am 21. April 1955 den Entwurf der Vierer-Koalition verabschiedet und der zentralistischen Lösung eine Absage erteilt hatte, schloß Freisehner einen zweiten Vertrag mit den gleichen Kasino-Anwärtern: Nun sollte er für ein Erfolgshonorar von 260 000 Mark (Anzahlung: 60 000 Mark) dafür sorgen, daß es *nicht* zu Konzessionsvergaben in Bayern kam.

Denn Freisehners Spielgefährten, die bereits Spielbanken in Bad Neuenahr, Baden-Baden, Konstanz, Bad Dürkheim und Westerland auf Sylt betrieben, sahen ihre Felle davonschwimmen und wollten nun ihr wohlhabendes Publikum nicht nach Bayern abdriften lassen. Konsortialführer dieser zentralen Spielbankengesellschaft war der Münchner Bankier August Lenz.

Lenz-Vertragspartner Freisehner dachte freilich nicht im Traum daran, sich durch Vereitelung der Spielbanken die versprochenen 260 000 Mark zu verdienen. Ganz im Gegenteil: Er spielte das Vertragswerk der von Bayernpartei-Führer Baumgartner geschmähten Zentralisten dem Innenminister August Geiselhöringer (auch BP) zu – und prompt verteilte der Minister die Konzessionen an bayrische Bewerber.

Freisehner selber allerdings wurde bei der Lizenzvergabe für vorerst drei Kasinos nicht berücksichtigt. Das mußte keinen wundern. Denn der „Vorkämpfer der Idee zur Errichtung von Spielbanken“ war wegen einer belanglosen Vorstrafe nach dem Gesetz gar nicht konzessionsfähig. Das Schlitzohr hatte beizeiten den Schwiegersohn Dieter Wolf, einen Dentisten, ins Spiel gebracht, der nun mit Anteilen in Bad Reichenhall versehen wurde.

Die CSU-Fraktion hatte diesmal geschlossen gegen das „Teufelswerk“ (Hundhammer) gestimmt. Bald begann sich das Roulett des Satans zu drehen.

Die CSU konnte, wohl eingedenk der Erfahrungen mit dem 50 000-Mark-Scheck an ihren Parteifreund Franz Michel und angesichts der Betriebsamkeit der Bayernpartei in Sachen Spielban-

ken, schon früh ziemlich ungeniert auf den Busch klopfen.

Bereits 1955, im Jahr der Gesetzesverabschiedung, erwirkte die CSU einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der die Frage prüfen sollte, „ob bei der Errichtung der drei bayerischen Spielbanken und der Konzessionserteilung Fehler, Unkorrektheiten oder gar Korruption vorgekommen ist“.

Zwei der vorgeladenen Zeugen machten bei ihren Aussagen Fehler, die für sie fatale Folgen hatten. Baumgartner erklärte auf die Frage des Ausschußmitglieds Rudolf Hanauer (später CSU-Landtagspräsident), ob er Spielbankbewerber, vor allem Freisehner, „persönlich und näher“ kenne: Es seien sehr viele Bewerber bei ihm gewesen. Auch habe er weder „direkt noch indirekt auch nur einen Pfennig erhalten“.

Auf Fragen des Ausschußmitglieds Hundhammer antwortete Innenminister Geiselhöringer, ebenfalls unter Eid, über den Bad Kissinger Konzessionär Simon S. Gembicki sei ihm kein „ungünstiges Material“ bekanntgeworden. Bekundungen ohne Datum und Quellenangaben, denen zufolge Gembicki ein Lügner, Betrüger und Schwindler sei, hatte er wie sein damaliger Verfassungsschutzreferent Werner Kanein als „Wischwaschi“ abgetan.

Der Untersuchungsausschuß endete zunächst wie das Hornberger Schießen. Der dickste Brocken blieb der nun auch öffentlich bekannte 50 000-Mark-Scheck an den



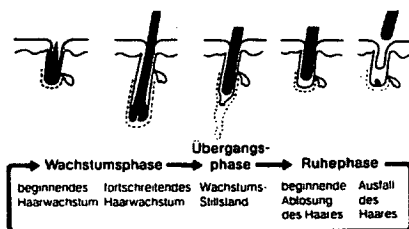
CSU-Politiker Strauß (1958): Bierruhe im Kreuzfeuer

Pentadecan überzeugt Verbraucher

Gegen das Problem des erblich bedingten vermehrten Haarausfalls haben japanische Forscher eine neuartige Formel entwickelt: PENTADECAN Hairforce.

Hoffnung also für die Mehrzahl der Männer, die früher oder später mit diesem Problem zu tun haben, in der BRD rund 12 Millionen.

Die Empfindlichkeit der Haarwurzeln gegen bestimmte männliche Hormone reduziert die Energieversorgung. Das Haar wird geschwächt, fällt vorzeitig aus, und die Wurzel stirbt ab. PENTADECAN gleicht den Mangel aus und stabilisiert die Energiebilanz.



Wer PENTADECAN regelmäßig anwendet, kann vermehrtem Haarausfall vorbeugen und fortschreitende Glatzenbildung mindern. Das vorhandene Haar wird gepflegt, und die allgemeine Haarpflege wird wirkungsvoll unterstützt. Die Anwendung von PENTADECAN sollte deshalb so früh wie möglich erfolgen.

Der erblich bedingte Haarausfall ist allerdings keine vorübergehende Erscheinung. Voraussetzung für dauerhaften Erfolg ist eine regelmäßige, langfristige Anwendung, am besten zweimal am Tag.

Die Wirksamkeit von PENTADECAN wurde in Verbrauchertests bestätigt: 74% der Testpersonen waren schon nach 4 Monaten zufrieden, 68% beobachteten eine Verminderung des Haarausfalls und 69% empfanden eine Kräftigung des Haares.

Bei regelmäßiger Anwendung reicht eine Flasche PENTADECAN (200 ml) ca. 6-8 Wochen. Sie können gern schriftliche Informationen anfordern bei: Henkel Lion GmbH, Hair Research Laboratory, Postfach 1100, D-4000 Düsseldorf 1. **Nur in Apotheken erhältlich.**

PENTADECAN
髪力ペンタデカン

terhändler unbekannten Ex-Fraktionssekretär am Nebentisch.

Die Worte Zimmermanns verdichteten sich bei Freisehner zu der Überzeugung, er werde unter einer CSU-Regierung mit weiteren Spielbankenanteilen bedacht werden. Die Erzählungen Freisehners wiederum ließen sich laut Senfft von der CSU zu einem geheimnisvollen „belastenden Material“ bündeln.

Zur gleichen Zeit operierte der CSU-Vorsitzende und spätere Ministerpräsident Hanns Seidel mit einem ominösen „Spielbank-Gutachten“, das angeblich Baumgartner belastete. Durch Abwerbungen und Abwerbungsversuche unter Berufung auf das „Material“ sollte die Bayernpartei-Basis weiter unterminiert werden.

Schon 1957 traten Baumgartner und Geiselhöringer zurück – Hoegners Vierer-Koalition war damit gesprengt. Doch das genügte Zimmermann noch lange nicht. Nach zahlreichen Geheimtreffen hinterließ er bei Freisehner den Eindruck, „daß ich als Gegenleistung für eine Selbstanzeige ... einen Anteil von 30 Prozent an den Spielbanken erhalten sollte“.

Im Januar 1959 lieferte Freisehner schließlich die gewünschte Selbstanzeige und dazu ein paar Photokopien von Baumgartner-Quittungen über 700 Mark, 1000 Mark und 1200 Mark. Im Juli begann der legendäre Spielbankenprozeß.

Die von Freisehner gelieferten Quittungen erwiesen sich, Sachverständigen-gutachten zufolge, als höchstwahrscheinlich gefälscht. Dennoch wurde Baumgartner, ebenso wie Geiselhöringer, verurteilt – wegen der ungenauen Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß.

Der zuckerkrankte Baumgartner bekam zwei Jahre Zuchthaus wegen Meineids, weil er im Ausschuß seine Bekanntschaft mit Freisehner nicht ausführlich genug dargelegt habe. Der betagte Geiselhöringer kam wegen Meineids eineinhalb Jahre ins Gefängnis: Er habe, hieß es, im Untersuchungsausschuß das undatierte Material über Gembicki nicht ausreichend gewürdigt.

Als strafmindernd wertete das Gericht, daß dem Zeugen Geiselhöringer im Untersuchungsausschuß „einem sittlichen Gebot zuwider“ listige Fangfragen gestellt worden waren. Der Bundesgerichtshof rügte später den Inquisitor Hundhammer, er habe Geiselhöringer ins Messer eines Meineids laufen lassen, „um eine Handhabe zur Ausschaltung eines politischen Gegners zu gewinnen“.

Sogar der ehemalige CSU-Justizminister und Ministerpräsident Hans Ehard sprach nach seiner Pensionierung von einem „barbarischen Urteil“. Die Abgeordneten hätten die beiden Politiker im Untersuchungsausschuß in Nebensächlichkeiten drauflos schwadronieren lassen: „Es ist doch vergleichsweise ganz

Wurscht, ob einer gelbe Stiefel angehabt hat oder rote.“

Auch Freisehner fing sich in dem Prozeß wegen seiner Selbstanzeige ein Jahr und zehn Monate Gefängnis ein. Der Empfänger des 50 000-Mark-Schecks, Franz Michel, den die Strafverfolger des Freistaats erst nach einem SPIEGEL-Monitum vor Gericht brachten, mußte ins Gefängnis.

Zwischen dem aus der CSU verstoßenen ehemaligen Abgeordneten Michel und dem Gerichtsvorsitzenden Paul Wonhas entwickelte sich ein für die Abgründe des Freistaats bezeichnender Dialog. Michel: „Ich habe bisher geschwiegen, ich könnte aber auch auspacken und erzählen, wie sich Leute von der CSU verhalten haben.“ Wonhas: „Bitte belasten Sie den Prozeß nicht mit Dingen, die wir nicht ändern können.“

Auch an den frommen Hundhammer und an den damaligen CSU-Vorsitzenden Seidel war aus Konzessionärskreisen Geld geschickt worden – was zum Vorschein kam, weil Seidel kurz vor der Freisehner-Selbstanzeige 5000 Mark an den Spender zurückschickte.

Der Bayernpartei-Gründer Ludwig Max Lallinger, der auch mit im Spielbankenuntersuchungsausschuß saß, kennt das „Testament“ Freisehners, der 1967 an Lungenkrebs starb. Sein Fazit: „Die Zimmermann-Clique hat damals gehandelt wie die sizilianische Mafia.“

Freisehner wurde für seine Selbstanzeige nicht entlohnt. Bis zum Ende hoffte er vergebens auf seine Konzessionen. Die nach der Vernichtung der Bayernpartei wieder allmächtige CSU änderte die Gesetze und ließ die Kasinos fortan direkt und zu 100 Prozent für den Freistaat abbassieren – Hundhammers „Teufelswerk“ wurde verstaatlicht.

Zu guter Letzt bekam freilich auch der Übeltäter vom Dienst, Fritz Zimmermann, noch eine Schramme ab. Im Spielbankenprozeß wurde er als Zeuge befragt, ob er außer bei Freisehner auch bei Gembicki nach Belastungsmaterial gefragt habe. Die Antwort des ehemaligen Staatsanwalts: „Nein, niemals!“ Zimmermann beschwor es bei Gott dem Allmächtigen.

Notgedrungen mußte die bayrische Justiz nun auch Zimmermann wegen eines „fahrlässigen Falscheids“ – zu einem erheblich günstigeren Tarif als bei den BP-Führern – in erster Instanz zu vier Monaten Gefängnis verurteilen.

Die zweite Instanz billigte Zimmermann wegen „Überfunktion der Schilddrüse“ und „Unterzuckerung des Blutes“ eine zeitweilig „verminderte geistige Leistungsfähigkeit“ zu – und sprach ihn frei. In der Begründung hieß es allerdings: „Es kann keine Rede davon sein, daß die Unschuld des Angeklagten erwiesen wäre.“

Seither trägt der heutige Bundesinnenminister den indianischen Kriegsnamen „Old Schwurhand“. ♦